

DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK:

Ein Denkanstoß: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat eine Resolution zur sich verschärfenden internationalen **Nahrungsmittelkrise** verabschiedet, in der die G7- und G20-Länder aufgefordert wurden, Ernährungssicherheit zur Priorität zu machen und Nahrungsmittel sowie Rohstoffe nicht zu horten. Die USA kündigten weitere **215 Millionen US-Dollar** an Nahrungsmittelförderung an, womit sich ihre Beiträge seit Beginn des Krieges in der Ukraine auf insgesamt 2,6 Milliarden US-Dollar belaufen. Zuvor hatte die Afrikanische Entwicklungsbank bereits 1,5 Milliarden US-Dollar für eine Notfall-Einrichtung zur Nahrungsmittelproduktion **bewilligt**. Zwanzig Millionen afrikanische Kleinbäuerinnen und -bauern sollen von der Einrichtung profitieren, die eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion um voraussichtlich 12 Milliarden US-Dollar ermöglichen würde.

Neues von der WHO: Die WHO-Mitgliedsländer stimmten diese Woche einem geänderten Finanzierungsmodell der Organisation zu, das ihre Stabilität und Unabhängigkeit stärken soll. Es sieht vor, dass die Mitgliedsbeiträge der Länder bis 2030-31 schrittweise auf 50 % des Kernhaushalts der WHO angehoben werden. Zum Vergleich: 2020-21 waren es 16 %. In der Zwischenzeit wurde auf der 75. Weltgesundheitsversammlung diese Woche ein von den USA eingebrachter Vorschlag zur **Stärkung von Aspekten** der Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations, IHR) zur Verbesserung der Gesundheitssicherheit von afrikanischen Ländern abgelehnt. Sie forderten, dass die vorgeschlagenen Reformen als Teil eines künftigen "ganzheitlichen Pakets" **betrachtet** werden sollen.

Kettenreaktion: Die nigerianische Zentralbank hat ihre Zinssätze auf 13 % **erhöht**, um die Inflation einzudämmen. Diese war im April auf fast 17 % gestiegen. Kreditzinsen für Entwicklungsfinanzierung werden bis 2023 bei 5 % bleiben. Dieser Schritt erfolgte, nachdem die US-Notenbank Anfang des Monats ihren Zinssatz um 0,5 % erhöhte. Viele hatten damals bereits prophezeit, dass dies weltweit Wellen schlagen würde. Seitdem wurden die Zinssätze in wichtigen Volkswirtschaften wie dem Vereinigten Königreich, Australien und mehreren Golfstaaten erhöht. Der Gouverneur der nigerianischen Zentralbank **korrigierte** bereits die Prognosen für nigerianisches Wirtschaftswachstum 2022 von 4,2 % auf 3,25 %.

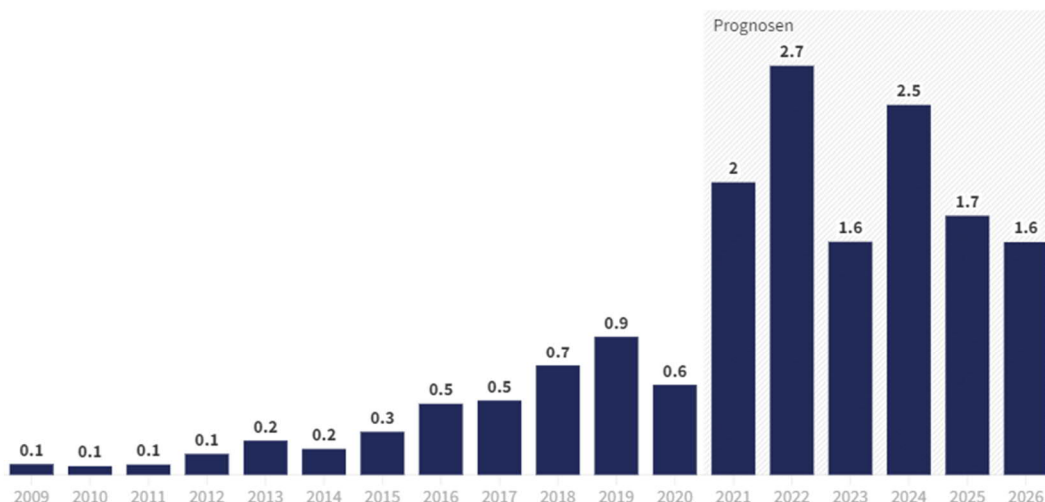
Kurz vor dem Schuldenschlamassel: Analyst*innen von JPMorgan **warnen**, dass steigende Kreditkosten und der Angriffskrieg in der Ukraine dazu führen könnten, dass dieses Jahr bis zu 10 % der risikoreicheren Schwellenländer aufgrund von Junk-Rating in eine Schuldenkrise geraten. Drei afrikanische Länder - Äthiopien, Ruanda und Senegal - könnten bis Ende nächsten Jahres ihre Währungsreserven aufbrauchen. Das würde ein hohes Ausfallrisiko mit sich ziehen. Eine Rekordzahl von 27 Schwellenländern - darunter 10 in Afrika - haben Eurobond-Renditen von über 10 %. Das ist ein eindeutiger Hinweis auf die hohen Kreditkosten, mit denen sich ihre Regierungen konfrontiert sehen - ein schlechtes Omen. 23 afrikanische Länder befinden sich entweder bereits in einer Schuldenkrise oder sind **stark gefährdet**.

In Schulden ertrinken: Die Schuldendienstzahlungen Sambias werden sich bis 2022 im Vergleich zum Stand vor der Pandemie mehr als **verdreifachen**. Das *Common Framework*, das von den G20 entwickelt wurde, um eine dauerhafte Lösung für strukturelle Schuldenprobleme zu bieten, hat den teilnehmenden Ländern (Tschad, Äthiopien und Sambia) noch keinerlei Form von Schuldenerleichterung gebracht. 2019 gab Sambia fast doppelt so viel für Schuldentrückzahlungen wie für lokale Gesundheitsversorgung aus. Ohne umfangreiche Schuldenerleichterungen und -umstrukturierung werden die steigenden Schuldendienstzahlungen weiterhin Ressourcen absorbieren, die eigentlich für die Erholung von der Pandemie unerlässlich sind.

Sambias steigende Schuldendienstzahlungen

Sambia muss nach COVID-19 mit einem erheblichen Anstieg der Schuldendienstzahlungen rechnen, wodurch sich die Mittel für eine wirtschaftliche Erholung verringern

Schuldendienstzahlungen (Milliarden USD)



Source: [Internationale Schuldenstatistik der Weltbank 2022](#)

Das Schaubild zeigt die Schuldendienstzahlungen für öffentliche Auslandsschulden und Schulden mit staatlicher Garantie (Milliarden USD)

Comeback des Tourismus: Der tansanische Tourismussektor befindet sich wieder im Aufschwung, nachdem er zu Beginn der Pandemie einen Einnahmerrückgang und eine Abnahme von Besucher*innen und Arbeitsplätzen von **fast 60 %** erlitten hatte. Der Sektor hat 2021 über 100.000 mehr Arbeitsplätze geschaffen als im Vorjahr. Nach einem stetigen dreijährigen Anstieg waren die Arbeitsplätze im Tourismusbereich 2020 zunächst um etwa 300.000 zurückgegangen. Das letztjährige Wachstum in einem der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes gibt Anlass zur Hoffnung, dass das Land erneut auf das Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele Kurs nehmen kann.

Vergissmeinnicht: Angesichts der steigenden Zahl von COVID-19-Fällen in fast 70 Ländern **warnte** WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus, dass die Pandemie "ganz sicher noch nicht vorbei" sei. Politische, operative und finanzielle Hindernisse stehen dem WHO-Ziel einer Durchimpfung von 70 % der Weltbevölkerung weiterhin im Weg. Die COVID-19-Impfrate liegt in Ländern mit niedrigem Einkommen **unter 13 %**. Das, so Winnie Byanyima, die Exekutivdirektorin von UNAIDS, sei zum Teil auf politische Maßnahmen und Entscheidungen der Regierungen zurückzuführen, die sie als **"rassistisch" bezeichnete**. Unterdessen **kündigte** der CEO von Moderna, Stéphane Bancel, an, dass er Aktienoptionen im Wert von 355 Millionen Dollar für wohltätige Zwecke spenden wird. Sein Nettovermögen wird auf 4,6 Milliarden US-Dollar **geschätzt**. Wäre das von ihm geleitete Unternehmen doch nur **ebenso großzügig** gewesen, als es darum ging, einen weltweit gerechten Zugang zu COVID-19-Impfstoffen zu gewährleisten...

AUS DEM ONE TEAM:

- Madeleine Henry von ONE zeigt **in dieser Karikatur** die Unzulänglichkeiten der von der Welthandelsorganisation (WTO) vorgeschlagenen TRIPS-Ausnahmeregelung auf.
- David McNair von ONE befasst sich in **diesem Twitter-Thread** mit dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos.

DIE ZAHLEN:

- **43 %:** der Anstieg der Zahl an Menschen, die in **akuter Ernährungsunsicherheit** leben, zwischen 2019 und 2021.

- **1 Person alle 48 Sekunden:** die geschätzte Todesrate durch die **Dürre** in Äthiopien, Kenia und Somalia.
-

UNSERE EMPFEHLUNGEN ZUM WEITERLESEN UND ANSCHAUEN:

- Bündnis für globale Ernährungssicherheit bei G7-Entwicklungsminister*innen-Treffen in Berlin beschlossen (**Pressemitteilung des BMZ**)
 - G7 Gesundheitsminister*innen für Stärkung der WHO (**tagesschau.de**)
 - Impfstoffproduktion in Südafrika: Bundeskanzler Scholz zu Besuch (**euractiv**)
 - Nur etwa ein Drittel der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit wird tatsächlich von denjenigen verwaltet, denen sie zugute kommen sollen. (**CGD**)
 - Während in Ostafrika eine Hungersnot droht, wird in einem neuen Bericht festgestellt, dass zu wenig getan wurde, um eine Wiederholung der Hungersnot von 2011 zu verhindern. (**Jameel Observatory, Save the Children, Oxfam**)
 - Mehr als 43 Millionen zusätzliches Gesundheitspersonal wird benötigt, um sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu den von ihnen benötigten Gesundheitsdienstleistungen haben. (**The Lancet**)
 - Ein neuer Bericht untersucht, wie sich Rassismus in friedensschaffenden Prozessen manifestiert. (**AllAfrica**)
-